



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen

Donaueschingen, den 11. Dezember 2018

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

Haushaltsberatungen haben mit ihren Entscheidungen nicht nur Einfluss auf ein Zahlenwerk, sondern sie spiegeln in ihren Ergebnissen vor allem den politischen Willen der Fraktionen. Wir werden in unserer Rede deshalb versuchen, immer beide Aspekte zu benennen und auch stets die Alternativen aufzuzeigen.

Zum Ergebnishaushalt:

Ohne grössere Diskussionen verliefen die Beratungen zum Ergebnishaushalt 2019. Für uns war das umso erstaunlicher, da ein deutlicher Anstieg der Personalkosten ohne grosse Abstriche befürwortet wurde, obwohl deren wesentliche Ursache eine Stellenmehrung war. Noch vor einem Jahr wurde eine kritische Bewertung der Personalsituation von einem grossen Teil des Gemeinderats als unnötig bezeichnet. Mehr noch: Entsprechende Überlegungen wurden als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Verwaltung interpretiert. Jetzt ist endlich etwas Bewegung in diese Diskussion gekommen und wir werden neben selbstverständlichen Punkten wie „Stellenplan“ und „Gehälter“ das Thema auch von Grund auf diskutieren müssen. Also von der Aquirse neuer Mitarbeiter über die Personalentwicklung, die persönliche Wertschätzung des Einzelnen bis hin zum Tarifgefüge.

Mit einer gewissen Genugtuung haben wir dabei wahrgenommen, dass eine von unserer Fraktion zu diesem Thema eingebrachte Checkliste vom November 2017 sich nahezu voll umfänglich in einem Verwaltungsvorschlag vom November 2018 wiederfindet. Neben dem Thema der Arbeitskapazitäten und Arbeitsbedingungen wird es zukünftig auch darum gehen müssen, die vorhandenen Arbeitskräfte noch enger am Bedarf einzusetzen. Trotz Personalmehrung und Investitionen in Kitas

und Kindergärten müssen wir beispielsweise die notwendige Weiterentwicklung in Bezug auf Öffnungszeiten und Schliessstage im Auge behalten, um vor allem den Berufstätigen gerecht zu werden, die ganztags arbeiten.

Wie in jedem Jahr sorgt der Ergebnishaushalt auch für Überraschungen. So manche Geldausgabe, die wir zunächst dem Finanzhaushalt zugeschrieben hatten, findet sich jetzt unter der Rubrik „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen“ im Ergebnishaushalt wieder. Dies erklärt auch den deutlichen Anstieg der geplanten Kosten in diesem Bereich um 30 % auf fast 1,7 Mio. €.

Warum wir das erwähnen? Weil ein grosser Teil der von den Teilorten gewünschten Massnahmen sich dort und nicht im Finanzhaushalt wiederfindet und erfreulicherweise von grösseren Streichungen verschont blieben. In diesem Zusammenhang möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats sowie den Ortsvorstehern und ihren Ortschaftsräten recht herzlich danken. Es gab eine sehr gute Zusammenarbeit bei der Organisation unserer Ortsbesichtigungen, die wir jetzt schon zum zweiten Mal gemeinsam durchgeführt haben. Dank guter Vorschläge aus den Fraktionen konnten die Ortsbesichtigungen zudem um den Bereich Allmendshofen und die Kernstadt erweitert werden.

Dank geht an dieser Stelle auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hoch- und Tiefbau, die trotz personeller Engpässe sich vorgenommen haben, die oben genannten Massnahmen zeitgerecht umzusetzen. Ein Schattendasein führen im Augenblick leider die Projekte zur Energieeinsparung: Wurden diese früher noch ausführlich im Technischen Ausschuss vorgestellt und gegebenenfalls auch vorrangig durchgeführt, sind sie jetzt allenfalls noch vereinzelt im Haushaltsplan aufzufinden. Klar ist, dass es dabei nicht nur um eine mögliche Geldeinsparung, sondern auch um Klimaschutz und Ressourcenschonung geht.

Im Ergebnishaushalt findet sich auch der Stadtbuss. So heftig die Diskussionen im zuständigen Ausschuss waren, so wenig spektakulär passierte der Stadtbusetat die Haushaltsberatungen. Diese Beschreibung darf aber nicht den Eindruck erwecken, dass jetzt „alles wieder in Butter“ ist. Vielmehr lesen wir daraus, dass grundsätzlich alle Gemeinderatsfraktionen hinter dem Stadtbuss stehen. Dabei begrüssen wir jede Art von konstruktiver Kritik und kritischer Analyse, da dies zur weiteren positiven Entwicklung des Projektes beitragen wird. Es muss auch gemeinsames Ziel von Verwaltung und Gemeinderat sein, die Datenlage, auf der wir den Stadtbuss optimieren wollen, zu verbessern. Die präzise Erfassung von Fahrgastströmen gehört hier ebenso dazu wie die Nachvollziehbarkeit der Einnahmenaufteilung auf der Ebene des Verkehrsverbundes.

Zum Finanzhaushalt:

Bereits bei der Einbringung des Haushalts war klar, dass sowohl das Investitionsvolumen für 2019 als auch das mittelfristige Volumen bis 2022 reduziert werden sollten. Über die Reduzierung waren sich alle Fraktionen einig, da nicht nur das fehlende Geld, sondern auch die praktische Umsetzbarkeit dies erfordern. Nur in den Methoden gab es Unterschiede: Die Einen schieben gern und kräftig und machen so aus gerade noch aktuellen und für den Bürger interessanten Projekten wahlweise Ladenhüter oder Luftschlösser. Eine zweite Gruppe jongliert mit den Realisierungszeitpunkten, was aber im Endeffekt keine Ersparnis bringt. Die dritte Gruppe versucht konsequent und sofort zu streichen. Den letztgenannten Ansatz haben wir bei einigen Projekten und Themen durchaus aufgegriffen, z.B. beim geplanten Parkhaus neben dem Rathaus 1, das sich bereits ohne eine detaillierte Planung innerhalb 2 Jahren von 2 Mio. € auf 3 Mio. € verteuert hat. Gebaut werden soll es auf einem der Filetgrundstücke der Stadt und wie jetzt schon zu hören ist: „Zweckmässig und ohne Schnörkel“ soll es werden! Soll heissen, schön wird es vermutlich nicht. Und gebührenmässig bewirtschaftet wird das Parkhaus natürlich auch nicht, d.h. es soll auch hier beim „Donaueschinger Modell“ des kostenfreien Parkens bleiben. Dann stehen auch in diesem Fall wieder dauerhaft hohe Ausgaben keinerlei Einnahmen gegenüber. Das halten wir angesichts eines attraktiven Stadtbussystems (für das der Bürger pro Einzelfahrt derzeit 2,30 € bezahlt), nicht nur für sehr ungerecht. Es ist aus unserer Sicht für die weitere Entwicklung der Stadt auch grob kontraproduktiv. Auch wenn mit der Einführung des neuen Stadtbussystems die Schieflage zwischen absoluter Privilegierung des Individualverkehrs und dem bisherigen Schattendasein des ÖPNV abgemildert wurde, wird es erst mit der Einführung einer gebührenpflichtigen Parkraumbewirtschaftung zu einem Ende dieser verzerrten Verhältnisse kommen. Dank eines Kompromissvorschlages der GUB werden Planung und Bau des Parkhauses nochmals um 1 Jahr verschoben. Um diesen Zeitraum effektiv zu nutzen, beantragen wir die Prüfung eines alternativen dezentralen Parkraumkonzeptes unter Einbeziehung aller vorhandenen Verkehrs- und Brachflächen in der Innenstadt. Auch das „Gestaltungskonzept südliche Kernstadt“ muss nochmals komplett in diese Betrachtungen einbezogen werden. Abgesehen davon ist es ja keineswegs so, dass heute und in absehbarer Zukunft überhaupt keine Parkplätze bereitstünden. Beispielsweise wird sich mit der geplanten Umsiedlung der Realschule auf das Konversionsgelände sowohl die Parkplatznachfrage als auch das mögliche Parkplatzangebot in der Innenstadt deutlich ändern.

Bei der Realschule selbst befürworten wir die schnellstmögliche Durchführung eines Wettbewerbs, um einen realistischen Kostenrahmen zu bekommen. Kostenschätzungen auf Basis verschiedener Schülerzahlen, die bei 18 Mio. €

begannen und zuletzt mit 32 Mio. € den restlichen Finanzhaushalt über Jahre hinweg förmlich erdrücken, müssen ein Ende haben. Die zuletzt vorgenommene Reduzierung der angenommenen Kosten beruht auf vagen Einschätzungen und muss deshalb dringend durch Fakten untermauert werden.

An der Planung und dem Zeitrahmen für das Schwimmbad halten wir grundsätzlich fest. Auch die Rückholung der Sanierung der Eichendorff-Turnhalle auf den alten Termin (nämlich 2019/20) ist für uns eine klare Sache. Aber zurück von den Investitionen zum angesprochenen „Sparen“. Wie in kaum einem Jahr zuvor hat die Stadt 2018 weit über das geplante Mass hinaus Grundstücke erworben. Statt geplanter 0,8 Mio. € wurden 2018 fast 2,0 Mio. € ausgegeben. Neben der Arrondierung von Gewerbegebietsflächen wird damit die Erschliessung mehrerer Baugebiete für die Ortsteile ermöglicht. Da ist es aus unserer Sicht angemessen, wenn die Mehrausgaben beim Grunderwerb im Jahr 2018 durch reduzierte Ankäufe in den Folgejahren ausgeglichen werden. Das Sparen von Flächen, d.h. der behutsame und wirklich nachhaltige Umgang bei einer kaum rückholbaren Neuversiegelung, ist immer noch nicht zu erkennen. Uns tröstet hierbei lediglich der überfällige Beschluss aus dem laufenden Jahr, dass die Bauförderung von Seiten der Kommune zukünftig auf die Ortskerne konzentriert wird. Dies ist aus unserer Sicht weitaus sinnvoller, wenn es um die Attraktivität und die Weiterentwicklung der Teilorte geht. Unsere volle Unterstützung haben die Teilorte auch bei substantiell wichtigen Bauvorhaben, für die ELR-Mittel beantragt sind. Wir wollen diese Projekte in den nächsten Jahren realisieren, damit aus Träumen Realität und nicht die oben genannten Luftschlösser werden.

Unverändert zu den Vorjahren ist für uns die Sorge um die Schuldenentwicklung bei den Eigenbetrieben. Während wir uns im städtischen Haushalt voraussichtlich noch an der Schuldenfreiheit bis ca. 2021 erfreuen können, wird sich die ohnehin schon deutliche Verschuldung bei den Eigenbetrieben drastisch erhöhen. Der nicht mehr zu haltende Investitionsstau der letzten Jahre schlägt in den nächsten Jahren voll durch. Der Schuldenstand beim Wasserwerk wird sich nach der vorliegenden Planung von Ende 2017 mit 3,45 Mio. € auf 8,3 Mio. € bis Ende 2022 erhöhen. Ähnlich drastisch wird die Entwicklung beim Eigenbetrieb Abwasser verlaufen, wo sich im gleichen Zeitraum der Schuldenstand von 13,0 Mio. € auf 26,1 Mio. € erhöhen wird. Auch wenn diese Lasten im gepflegten Verwaltungsdeutsch so gern als „rentierliche Schulden“ bezeichnet werden, bedeutet die Verdopplung der Pro-Kopf-Verschuldung auf 1500 € eine kaum mehr abbaubare Verschuldung für nachkommende Generationen. Allein die Zinszahlungen werden im Jahr 2022 beim Eigenbetrieb Abwasser 50% der Gebühreneinnahmen schlucken. Wo liegen da die Alternativen für uns? Die teure Erschliessung von Neubaugebieten muss zweitrangig gegenüber der Schliessung von Baulücken sein, die bereits vorhandene

Infrastruktur nutzt. Auch muss die interkommunale Zusammenarbeit verbessert werden, wenn es um sehr kostenintensive Projekte geht, wie z.B. aktuell um die Absicherung von Reservequellen beim Trinkwasser. Auch der Eigenbetrieb Breitbandversorgung, der Dritte im Bunde, macht uns Gedanken: Hier wächst in den Jahren 2018 - 2022 eine Verschuldung bis auf 9,8 Mio. € auf. Dies geschieht trotz städtischer Zuschüsse von knapp 1 Mio. € in diesem Zeitraum. Hier bleibt die Hoffnung, dass aus hohen Anschlussquoten Rückflüsse resultieren, die es dem Eigenbetrieb mittel- und langfristig ermöglichen, diese Schulden auch wieder zu tilgen.

An dieser Stelle ein paar Worte zum Verkehrskonzept. Unsere Fraktion steht unverändert zu dem Ziel des Konzeptes, den Verkehr in der Innenstadt zu beruhigen. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung und den Gewerbebetrieben sowie die ergänzend immer wieder durchgeführten Zählungen ergeben jedoch ein zwiespältiges Bild. Aus unserer Sicht müssen deshalb höchstwahrscheinlich Nachjustierungen erfolgen. Dies sollte spätestens nach der im Frühjahr 2019 geplanten umfassenden Verkehrszählung erfolgen. Begleitend müssen Sinn und Zweck des Konzepts der Bevölkerung weiterhin verständlich erläutert werden. Mögliche Alternativen für die Umfahrung der Innenstadt und ihr Nutzen für jeden einzelnen Verkehrsteilnehmer, aber auch für die Anlieger und den Einzelhandel, müssen deutlich aufgezeigt werden.

Neben allen lokal bedeutsamen Themen freuen wir uns sehr, dass der Gemeinderat beschlossen hat, dass Donaueschingen „Fairtradetown“ werden soll. Frei nach dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ haben wir schon ein gutes Stück dieses Weges zurückgelegt. Nach dem Ratsbeschluss wurde die Steuerungsgruppe gegründet. Einzelhandel und Gastronomie liefern mit ihrem Angebot weitere Bausteine zu einer weiteren Verbreitung dieses wichtigen Projekts. Im Rahmen der „Fairen Woche“ konnte der faire Handel mit dem Donaueschinger Einzelhandel kommuniziert werden und auch die Öffentlichkeit wurde über die Presse informiert. Weitere Aktionen für das kommende Jahr sind geplant. Es besteht also die berechtigte Hoffnung, ein faires Handeln in Donaueschingen zu implementieren.

Zum Schluss sagen wir herzlichen Dank an unsere Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die gute überfraktionelle Zusammenarbeit. Dank an die Verwaltung mit Oberbürgermeister Erik Pauly an der Spitze. Besonderer Dank an unseren scheidenden Bürgermeister Bernhard Kaiser, der mit seinem Einsatz für die Stadt und die Bürger wirklich Maßstäbe gesetzt hat. Dank aber auch an alle Bürger, die sich mit ihrem umfassenden Engagement in die Diskussionen zur Stadtentwicklung eingebracht haben.

Wir wünschen allen ein frohes, besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2019.

Michael Blaurock
für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen

Doku-Info:
6 Seite(n), 1838 Wörter, 11550 Zeichen